

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

**28. März 2013**

Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission  
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität  
Kommissionsdrucksache

17(26)119

## **Grundsätze nachhaltig gestalteter Ordnungspolitik**

Seit den frühen 1950er Jahren wird die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland gemeinhin als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Begriff und Verständnis dieser Wirtschaftsordnung gehen auf namhafte wissenschaftliche Vertreter des Ordoliberalismus zurück, allen voran Walter Eucken und Alfred Müller-Armack. Politisch wird die Soziale Marktwirtschaft vor allem mit Ludwig Erhard verbunden, der in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister von 1949 bis 1963 mit diesem Konzept das spezifisch deutsche Modell der Marktwirtschaft verband, in Abgrenzung zu einem schrankenlosen Kapitalismus. Seither hat sich die Bezeichnung verfestigt und ist auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands nicht verändert worden.

Der Kern des Konzepts lässt sich wie folgt zusammenfassen. Grundlegend ist die Existenz einer Marktwirtschaft, in der Wettbewerb herrscht, deren Ergebnisse aber durch einen funktionsfähigen Sozialstaat korrigiert werden, soweit dies aufgrund von Erwägungen der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Teilhabe geboten ist. Der Wettbewerb beruht dabei auf dem Grundprinzip der freien Preisbildung, das – nach Walter Eucken<sup>1</sup> – durch sechs konstituierende Prinzipien ergänzt wird: offene Märkte, Vertragsfreiheit, Privateigentum und Haftung sowie Vorausschaubarkeit („Konstanz“) der Wirtschaftspolitik und eine stabile Währung nach innen und außen („Primat der Währungspolitik“). Um den Bestand der Wettbewerbsordnung zu sichern, bedarf es dabei auch regulierender Prinzipien, von denen Eucken vier nennt: Kontrolle von Monopolen und Korrektur von externen Effekten sowie zur Sicherung menschenwürdiger Sozialstandards eine Einkommenspolitik und die Berücksichtigung anormaler Angebotsverhältnisse am Arbeitsmarkt.

Die Prinzipien Euckens sind in ihrer Substanz bis heute die inhaltliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft geblieben, wenn sich auch die Darstellung der Prinzipien in Lehrbüchern modernisiert und die Schwerpunkte der Herausforderungen wirtschafts- und gesellschaftspo-

---

<sup>1</sup> Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Tübingen 1952.

35 litisch verlagert haben. Und sie sind auch die Grundlage des christlichen Gesellschaftsverst-  
36 ändnisses der Trias von Solidarität, Personalität und Subsidiarität, wie es beispielsweise in  
37 der katholischen Soziallehre ausgeführt wird.<sup>2</sup>

38  
39 Es stellt sich deshalb die Grundfrage, wie das Leistungspotential dieser Sozialen Marktwirt-  
40 schaft in der jüngeren Vergangenheit und mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft zu  
41 bewerten ist. Es stellt sich die weitere Grundfrage, wie und wie weit sich die Soziale Markt-  
42 wirtschaft verändert hat und weiter verändern muss, soll sie die Herausforderungen meis-  
43 tern. Im Sinne der Arbeit der Enquete geht es darum, die Erkenntnisse der Projektgruppen 1  
44 und 3 in grundsätzliche Ordnungspolitische Leitlinien zu überführen.

45

#### 46 **Soziale Marktwirtschaft: bewährt und anpassungsfähig**

47

48 Zunächst gilt es festzustellen: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich im Grundsatz bewährt.  
49 Sie hat in den fast 65 Jahren ihrer Existenz zunächst für Westdeutschland und ab 1990 für  
50 das wiedervereinigte Deutschland den angemessenen Ordnungsrahmen dafür geliefert, dass  
51 das Land in vorher nie gekanntem Ausmaß (i) Wachstum und Wohlstand erreicht hat  
52 („Wachstumsleistung“), (ii) breite Bevölkerungsschichten an Wachstum und Wohlstand teil-  
53 haben („Verteilungsleistung“) und (iii) die deutsche Industrie als Motor des Exports einen  
54 festen Platz in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung gefunden hat („industrielle Leistung“).  
55 Die jahrzehntelang breite Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft beruht vor allem auf die-  
56 sen Leistungen.

57

58 Wichtig ist dabei: Die Soziale Marktwirtschaft hat – wiederholt und nachdrücklich – ihre An-  
59 passungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Dies gilt mehr denn je für die letzten beiden Jahr-  
60 zehnte. In den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist es durch den Aus-  
61 bau der Umweltgesetzgebung gelungen, die Belastung der natürlichen Umwelt in der Bun-  
62 desrepublik Deutschland in erheblichem Maße zu reduzieren und Konzepte nachhaltigen  
63 Wirtschaftens zu fördern und umzusetzen. („Ökologische Leistung“)<sup>3</sup> In den 90er Jahren ge-  
64 lang es, im Osten des Landes nach der Wiedervereinigung in einem enormen Kraftakt fiska-  
65 lischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art eine tragfähige wirtschaftliche und infrast-  
66 rukturale Basis aufzubauen („Einheitsleistung“). Und im vergangenen Jahrzehnt kam es als  
67 Folge einer drohenden Überlastung des Staates zu einer Welle von Reformen, die u. a. die  
68 Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöhten und die Staatskassen entlasteten („Reformleistung“).

69

---

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Sollicitudo rei socialis (1987), Centesimo Anno (1991) und für eine Übersicht Rauscher (2009).

<sup>3</sup> Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 4 in diesem Text.

70 Die Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, wie wichtig es ist, aufmerksam für mögliche  
71 Defizite der Sozialen Marktwirtschaft zu bleiben. Die Anwendung der Prinzipien der Sozialen  
72 Marktwirtschaft muß immer wieder neu an die aktuelle soziale und ökologische Wirklichkeit  
73 angepasst werden. Heute stehen vor allem drei Fragen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit:  
74 der verbreitete Eindruck, dass die Marktakteure mehr und mehr einer Ökonomik der kurzen  
75 Frist zuneigen und dabei langfristig schädliche Folgen sowohl für den Einzelnen als auch die  
76 Gemeinschaft nicht ausreichend in den Blick nehmen (Nachhaltigkeitsdefizit); die zuneh-  
77 mend problematischen Ausweicheffekte im Zuge der Globalisierung gegenüber nationalen  
78 Steuerungsversuchen in der Sozialen Marktwirtschaft (Internationalisierungsdefizit); und die  
79 Folgen des erwarteten demographischen Umbruch in Deutschland.

80

### 81 ***Herausforderung Nachhaltigkeit***

82

83 Neue große Herausforderungen stehen bevor. Es geht – auf ganz unterschiedlichen Gebie-  
84 ten – um das Erreichen und die Absicherung eines nachhaltigen Wachstums, also eines  
85 Wachstums, das

86 • die Innovationskraft der Wirtschaft und vor allem der Industrie sichert – als wesentli-  
87 cher Schlüssel für die Fähigkeit Deutschlands, seine Position im globalen Wettbe-  
88 werb zu behaupten („Nachhaltigkeit der Innovationskraft“),

89 • die Gesellschaft zusammenhält – in dem Sinne, dass es im Zuge des Strukturwan-  
90 dels nicht auf Dauer zu einer irreversiblen Spaltung zwischen Reich und Arm sowie  
91 einer Schrumpfung des Mittelstands kommt („Nachhaltigkeit der Verteilung“),

92 • die Ressourcen und die Umwelt schont, um auch noch künftigen Generationen einen  
93 angemessenen Wohlstand sowie eine hohe und möglichst steigende Lebensqualität  
94 zu erlauben („Nachhaltigkeit der Ökologie“),

95 • das Entstehen und das Platzen kurz- und mittelfristiger Blasen an den Vermögens-  
96 märkten, wie in den letzten Jahren geschehen, präventiv zu vermeiden sucht („Nach-  
97 haltigkeit der Werte“),

98 • die öffentliche Finanzen auf einem Kurs hält, der künftigen Generationen keine un-  
99 mäßigen ökonomischen Lasten und/oder unlösbare politische Aufgaben aufbürdet  
100 („Nachhaltigkeit der Staatsfinanzierung“).

101 • den Einzelnen durch Bildung und durch Internalisierung von externen Kosten zu ei-  
102 nem Lebensstil motiviert, der sozial und ökologisch verträglich ist, dabei aber gleich-  
103 zeitig die Verteilungswirkungen dieser Internalisierung im Blick behält („Nachhaltig-  
104 keit der Lebensführung“).

105

### 106 ***Globale und europäische Dimension***

107

108 Alle großen Herausforderungen der Nachhaltigkeit sind eng verknüpft mit der Globalisierung  
109 der Wirtschaftsbeziehungen. Politische Handlungsempfehlungen müssen sich deshalb stär-  
110 ker denn ja an den Rahmenbedingungen orientieren, die sich aus dem weltwirtschaftlichen  
111 Wachstum und Strukturwandel ergeben. Dies ist eine grundlegende und irreversible Verän-  
112 derung gegenüber den ersten Jahrzehnten der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland:  
113 Ging es in früheren Zeiten für Deutschland vor allem darum, einen festen und vielverspre-  
114 chenden Platz in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu finden, geht es heute darum, den  
115 globalen Ordnungsrahmen auch maßgeblich mitzugestalten und den neuen Erfordernissen  
116 anzupassen.

117

118 Gestaltungsbedarf gibt es dabei in vielen Bereichen der Globalisierung. Zu nennen sind die  
119 Umwelt-, Klimapolitik und Energiepolitik, aber auch die Finanzmarktregulierung und die Kon-  
120 trolle der Staatsverschuldung. Eine besondere Rolle kommt der europäischen Ebene zu: Die  
121 Länder Europas und allemal der Europäischen Union sind im Güterhandel und Kapitalver-  
122 kehr sowie durch die Mobilität der Menschen inzwischen derart stark integriert, dass es kaum  
123 noch politische Felder gibt, in denen nationale Alleingänge sinnvoll erscheinen und Erfolg  
124 verheißen. Dies gilt insbesondere für die Eurozone, wo das Spektrum der nationalen Anpas-  
125 sungsinstrumente durch die gemeinsame Währung drastisch eingeschränkt ist.

126

127 Deshalb muss die national orientierte Soziale Marktwirtschaft langfristig eine starke internati-  
128 onale Dimension gewinnen. Auf dem Weg dorthin brauchen wir robuste internationale Institu-  
129 tionen und Regime, damit nicht nachhaltiges Wirtschaften nicht auch durch Wettbewerbsvor-  
130 teile belohnt wird. Dies wird zur zentralen Herausforderung der nächsten Jahre und Jahr-  
131 zehnte: die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft erfolgreich und dauerhaft zu internationali-  
132 sieren. Nur so können wir der Erkenntnis Rechnung tragen, dass globale Probleme auch  
133 globale Lösungen erfordern. Die Europäische Union stellt in dieser Hinsicht einen wichtigen  
134 Präzedenzfall dar. Sie ist der bislang einmalige Versuch, Normen und Werte zwischen sou-  
135 veränen Nationalstaaten verbindlich zu koordinieren. Ein Gelingen dieses Versuchs wäre ein  
136 wichtiges Zeichen für die Welt, dass der Nationalstaat nicht das Ende der Geschichte ist.

137

138 Der einzelne Nationalstaat kann eine solche Entwicklung nicht erzwingen, er kann sich aller-  
139 dings aktiv für die Schaffung solcher supranationalen Institutionen einsetzen und durch ge-  
140 eignete Maßnahmen und Verhaltensweisen dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit ihres  
141 Zustandekommens zu erhöhen. Eine solche Strategie in Hinsicht auf die globalisierten Her-  
142 ausforderungen wurde im Rahmen der Arbeit dieser Enquête-Kommission „Pionier- oder

143 Führungsrolle“ genannt und im Bericht der Projektgruppe 3 ausführlich thematisiert.<sup>4</sup> Dort  
144 wurde auch erläutert, dass eine konkrete „Vorbildrolle“, das heißt das einseitige Vorgehen  
145 mit anspruchsvollen Regulierungsmaßnahmen im Inland bei geeigneter Ausgestaltung und  
146 geeignetem Umfang ein sinnvoller Bestandteil einer solchen Pionier- oder Führungsrolle sein  
147 kann. In den weiteren Kapiteln des Berichts der Projektgruppe 4 geht es um mögliche Aus-  
148 gestaltungen einer solchen Vorbildrolle für verschiedene der zentralen Politikfelder.

149

### 150 ***Pragmatischer Wandel***

151

152 In Deutschland können alle großen Herausforderungen im Rahmen der Sozialen Marktwirt-  
153 schaft bewältigt werden. Sie verlangen keinen „Systembruch“ – von der bestehenden zu ei-  
154 ner anders gearteten Sozialen Marktwirtschaft. Wohl aber verlangen sie weitere pragmati-  
155 sche Weiterentwicklungen, die weit über das hinausgehen, was in den letzten Jahren schon  
156 geschehen ist.

157

158 Wichtig ist dabei: Das Verhältnis zwischen den Bürgern und dem Staat, wie es die Soziale  
159 Marktwirtschaft kennt, bleibt erhalten. Die Bürger sind weiterhin mündig und souverän in ih-  
160 ren ökonomischen Entscheidungen, und sie sind für ihre Handlungen verantwortlich. Der  
161 Staat setzt weiterhin den Ordnungsrahmen und greift dort regulierend und steuernd ein, wo  
162 es für das Gemeinwohl erforderlich ist..

163

### 164 ***Innovationskraft: Schlüssel zum Wachstum***

165

166 In einem hochentwickelten Industrieland gilt: Ohne Innovationskraft gibt es kein nachhaltiges  
167 Wachstum. Nicht nur die historische, sondern auch die jüngste Erfahrung zeigt, dass dabei  
168 die industrielle Innovationskraft eine besondere Rolle spielt. Dies gilt insbesondere für  
169 Deutschland mit seiner großen hochinnovativen Industrie, die sich durch eine diversifizierte  
170 Größenstruktur und einen starkem Mittelstand auszeichnet. Antrieb der Innovationskraft ist  
171 dabei vor allem eine exzellente Ausbildung von Ingenieuren und Facharbeitern. Sie zu ge-  
172 währleisten – bei aus demographischen Gründen deutlich sinkender Zahl der Erwerbsperso-  
173 nen – wird zum zentralen Ziel einer langfristig und nachhaltig orientierten staatlichen Bil-  
174 dungspolitik und betrieblichen Qualifikationsstrategie.

175

### 176 ***Verteilung: Zentrale Rolle der Bildungspolitik***

177

---

<sup>4</sup> Vgl. PG 3 Bericht, Kap. 7.2

178 In den letzten drei Jahrzehnten gab es in Deutschland und anderen Industrieländern einen  
179 signifikanten, wenn auch moderaten Trend zu einer zunehmenden Spreizung der Einkom-  
180 mensverteilung. Hauptgrund dafür waren Entwicklungen des technischen Fortschritts und  
181 der Globalisierung, die besser Qualifizierte (und damit in der Regel besser Verdienende)  
182 begünstigten. Seit dem Jahr 2006 hat sich dieser Trend zwar nicht fortgesetzt,<sup>5</sup> könnte aber  
183 wieder aufleben, zumal die fundamentalen Treiber der Entwicklung unverändert wirksam  
184 sind. Eine weitere Zunahme der Spreizung könnte den Zusammenhalt der Gesellschaft in  
185 Deutschland gefährden, insbesondere auch wegen der entsprechenden Entwicklungen in  
186 der Vermögensverteilung. Daher ist es eine zentrale politische und wirtschaftliche Aufgabe,  
187 Einkommens- und Vermögensverteilungen im Blick zu halten und gesellschaftlich nicht tole-  
188 rierten Spreizungen entgegenzuwirken. Deshalb hat die Enquête-Kommission beschlossen,  
189 die Einkommens- und Vermögensverteilung in den Satz von Wohlstandsindikatoren aufzu-  
190 nehmen.<sup>6</sup> Hier ist wiederum zuallererst die Bildungspolitik gefordert. Sie muss helfen, mög-  
191 lichst vielen jungen Menschen die Tür zu einer beruflichen Qualifikation zu öffnen, die ihnen  
192 nachhaltige Lebensperspektiven eröffnet. Und sie muss Älteren, deren Zahl steigt, die Mög-  
193 lichkeit geben, mit den technologischen Veränderungen Schritt zu halten. Die Sozialpolitik  
194 kann dagegen nur helfen, einen einmal entstandenen Schaden zu begrenzen und in seinen  
195 Folgen erträglich zu machen.

196

### 197 ***Ökologie: Globaler Weg der Erneuerung***

198

199 Mit dem wirtschaftlichen Aufholen großer Entwicklungs- und Schwellenländer, allen voran  
200 Chinas und Indiens, wird es weltweit eine zunehmende Knappheit an Ressourcen und eine  
201 noch stärkere Beanspruchung der Umwelt geben. Die Weltwirtschaft wird sich, was Res-  
202 sourcen und Umwelt betrifft, neuen Grenzen des Wachstums nähern. Soweit es dabei um  
203 die Verknappung von Rohstoffen geht, die sich in nationalem Besitz befinden, spricht nichts  
204 dagegen, dass der Weltmarkt funktioniert und die richtigen Signale setzt: Die Preise werden  
205 steigen, und es wird – wie früher im Zuge der Ölkrisen – Anreize geben, den technischen  
206 Fortschritt in ressourcensparende Verwendungen zu lenken. Dies gilt allerdings nicht mit  
207 Blick auf sog. negative externe Effekte (wie die Emission von Treibhausgasen), deren Ver-  
208 minderung sich langfristig für die Welt als Ganzes lohnt, nicht aber für ein einzelnes Land.

209

210 Aus diesen Gründen muss ein neuer globaler Ordnungsrahmen geschaffen werden, in dem  
211 allseitig angemessene Anreize zur Senkung der schädlichen Emissionen bestehen. Nationa-  
212 le Alleingänge Deutschlands im großen Stil sind dabei weder ökonomisch sinnvoll (weil teu-  
213 er, standortschädlich und global wirkungslos), noch ökologisch rational (wegen internationa-

---

<sup>5</sup> Vgl. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013).

<sup>6</sup> Vgl. Bericht der Projektgruppe 2, Kapitel A.II und C.

214 len Ausweichreaktionen, z. B. dem „carbon leakage“). Sie lassen sich bestenfalls als gute  
215 Beispiele rechtfertigen, deren internationale Wirkungskraft allerdings völlig offen ist, denn  
216 niemand kann abschätzen, wie sich andere Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer  
217 im Zuge ihres weiteren wirtschaftlichen Wachstums in ihrer Energiepolitik orientieren. Wir  
218 meinen allerdings: Je demokratischer eine Gesellschaft organisiert ist, desto stärker können  
219 solche guten Beispiele auch in zivilgesellschaftlichen Diskursen Wirkung entfalten. Deswe-  
220 gen ist aus ordnungspolitischen Gründen die Ausweitung der demokratischen Idee unab-  
221 dingbar. Demokratien führen untereinander nicht nur keine Kriege. Sie verhalten sich in öko-  
222 logischen Fragen vermutlich auch kollektiv vernünftiger als autoritäre Regime, denen es le-  
223 diglich um die Bedingungen des eigenen Machterhalts geht.

224

225 Ordnungspolitisch gilt es in der Bundesrepublik Deutschland, einen pragmatischen Weg zu  
226 finden – im Sinne einer ökologischen Orientierung, die auch die Zukunftsfähigkeit des Indust-  
227 riestandorts Deutschland im Auge behält. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Innovati-  
228 onskraft des Landes, die wegen der demographischen Veränderungen im Trend zunehmend  
229 knapp wird und deren industrielle Umlenkung deshalb in der Zukunft besonders hohe Kosten  
230 an anderer Stelle verursacht. Daneben sind die politischen und wirtschaftlichen Akteure auf-  
231 gefordert, zu einer internationalen Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft  
232 beizutragen. Damit können auch die Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft in  
233 Deutschland nachhaltig gestärkt und gesichert werden.

234

### 235 ***Finanzmärkte: Angemessene Regulierung***

236

237 Zahlreiche Banken – national und international – sind im letzten Jahrzehnt in den Finanz-  
238 märkten enorme privatwirtschaftliche Risiken eingegangen. Diese Entwicklung wurde unter  
239 anderem auch von dem geltenden Regulierungsregime befördert (Basel II). Die Finanzinsti-  
240 tute haben damit bei der Bildung von Blasen an den Finanzmärkten eine maßgebliche Rolle  
241 gespielt. Als diese dann platzten, mussten im Zuge der Finanz- und Schuldenkreisen der  
242 letzten Jahre in hohem Maße die zuständigen Staaten haften, und zwar wegen der systemi-  
243 schen Risiken, die mit einer Welle der Illiquidität und Insolvenz auf Seiten der Banken ver-  
244 bunden gewesen wären. Um dies in der Zukunft im Vorhinein zu vermeiden und trotzdem  
245 den enormen wirtschaftlichen Nutzen offener Kapitalmärkte zu erhalten, bedarf es einer An-  
246 passung des Ordnungsrahmens – hin zu mehr Eigenvorsorge, zu einer risikoadäquaten Be-  
247 wertung der Vermögensposition der Banken sowie zu einer stärkeren Reglementierung ext-  
248 rem risikobehafteter Geschäfte. Dies ist der Preis, den zumindest systemrelevante Banken in  
249 einer Marktwirtschaft dafür zahlen müssen, dass sie – anders als Unternehmen anderer  
250 Branchen – im Krisenfall mit einem „bail out“ durch den Staat rechnen können (und dies

251 auch tun). Es bedarf deshalb zumindest auf europäischer einer verstärkten Aufsicht, und  
252 zwar mit Rechten des Durchgriffs, die nationale Grenzen überschreiten.

253

254 ***Staatsschulden: Abkehr von der Lastenverschiebung***

255

256 In den letzten beiden Jahrzehnten hat es eine deutliche Zunahme der Staatsverschuldung in  
257 den westlichen Industrienationen (und auch in Deutschland) gegeben. Die jüngste Schulden-  
258 krise zeigt, mit welcher großen Risiken hohe Staatsschulden verbunden sein können. Es gilt,  
259 Wege zu finden, diese Risiken zu minimieren. Ein realistischer Weg dazu ist die Begrenzung  
260 der Staatsschuld auf ein Niveau, das längerfristig ein wirtschaftliches „Herauswachsen“ aus  
261 der Belastung erlaubt. In Deutschland hat man dazu im Rahmen der Föderalismusreform II  
262 den Weg der Schuldenbremse gewählt – mit der Vorschrift, dass die Länder bis 2020 ihre  
263 Neuverschuldung auf null und der Bund seine auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
264 reduzieren müssen. Diese Regel ist sinnvoll und muss durchgesetzt werden. Auf europäi-  
265 scher Ebene bedarf es zumindest einer verstärkten fiskalischen Koordination. Daneben ist zu  
266 beachten, dass der Staat nicht dazu übergeht, bei formal ausgeglichenem Staatshaushalt  
267 durch Subventionierung des privaten Sektors ebendort die Blasenbildung zu befördern und  
268 damit potentiell Finanzkrisen zu verursachen, für die er dann doch aus systemischen Grün-  
269 den in die Haftung genommen wird. Genau dies geschah im letzten Jahrzehnt in den Verei-  
270 nigten Staaten durch die Subventionierung des Immobilienbesitzes, und es könnte im Be-  
271 reich der ökologischen Erneuerung durch erneuerbare Energien in Deutschland drohen. Hier  
272 braucht es einer neuen Prüfung dessen, was überhaupt „fiskalische Risiken“ in einer globali-  
273 sierten Welt darstellen.